



Gemeinsame Stellungnahme von FREO, Deutsche Jazzunion und PRO MUSIK zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2027

Sinkender Bundeskulturhaushalt bedroht die Vielfalt unserer musikalischen Infrastruktur

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2027 legt die Bundesregierung ihre kulturpolitischen Prioritäten für die kommenden Jahre vor. Der Entwurf enthält erhebliche Herausforderungen für die professionelle Musikszene. Insgesamt soll der Etat des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien um rund zehn Prozent sinken. Damit setzt der Regierungsentwurf ein problematisches Signal für die langfristige Sicherung einer vielfältigen musikalischen Infrastruktur.

Kürzungen zu Lasten der freien Szene

Der Haushaltsentwurf sieht deutliche Kürzungen in Bereichen projektbezogener Förderinstrumente vor, die insbesondere für die freie Musikszene von zentraler Bedeutung sind – zum Beispiel bei der Initiative Musik oder auch dem Festivalfonds. Gerade diese Programme schaffen Freiräume für Innovation, künstlerische Entwicklung und neue Kooperationen. Kürzungen treffen deshalb nicht nur einzelne Projekte, sondern schwächen die Zukunftsfähigkeit der gesamten Musiklandschaft.

Ausdrücklich begrüßen wir, dass der Bund seine Verantwortung für zentrale kulturelle Einrichtungen weiterhin wahrnimmt und einzelne Förderinstrumente, wie beispielsweise den Musikfonds, nach bisherigem Kenntnisstand auf stabilem Niveau fortführt. Diese Entscheidungen leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Infrastruktur Deutschlands.

Handlungsbedarf im parlamentarischen Verfahren

Wir appellieren an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, den Regierungsentwurf im parlamentarischen Verfahren entsprechend nachzubessern. Ziel muss es sein, die Leistungsfähigkeit der freien Musikszene langfristig zu sichern und die Förderinstrumente so auszustatten, dass sie den kulturpolitischen Zielen des Bundes auch unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht werden.

Eine vielfältige Musiklandschaft braucht starke Institutionen und eine leistungsfähige freie Musikszene. Beide sind unverzichtbare Bestandteile einer demokratischen und lebendigen Kultargesellschaft.

Reale Kürzungen trotz stabiler Ansätze

Selbst ein nominell gleichbleibender Förderetat in anderen Bereichen darf nicht mit einer tatsächlichen Stabilisierung verwechselt werden. Steigende Honoraruntergrenzen, Tarifentwicklungen sowie gestiegene Produktions-, Reise- und Betriebskosten führen dazu, dass mit unveränderten Mitteln weniger künstlerische Projekte realisiert werden können und die prekäre Arbeitssituation in Teilen der freien Musikszene zunimmt. Ohne einen entsprechenden Aufwuchs verlieren Förderprogramme real an Wirkung.

Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu den kulturpolitischen Zielen, die die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag verankert hat. Faire Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und höhere Honorarstandards sind wichtige und notwendige Fortschritte. Sie können jedoch nur umgesetzt werden, wenn Förderbudgets mit dieser Entwicklung Schritt halten und entsprechend aufgestockt werden.

Freie Musikszene als unverzichtbarer Teil der kulturellen Infrastruktur

Die freie Musikszene übernimmt wesentliche Aufgaben innerhalb der kulturellen Infrastruktur Deutschlands. Freischaffende Musiker*innen aller Genres, freie Ensembles und Orchester schaffen neue künstlerische Impulse, entwickeln innovative Konzertformate, ermöglichen kulturelle Teilhabe und tragen kulturelle Vielfalt in Städte und ländliche Räume gleichermaßen.

Institutionell getragene Einrichtungen und die freie Musikszene erfüllen dabei unterschiedliche, sich ergänzende Aufgaben. Eine zukunftsfähige Kulturpolitik braucht beide, dies hat nicht zuletzt das Positionspapier des Deutschen Musikrats deutlich gemacht! Die Stärkung einzelner Institutionen darf deshalb nicht zulasten jener Förderstrukturen gehen, die Innovation, Nachwuchs, künstlerische Entwicklung und kulturelle Vielfalt ermöglichen.

“Der Bundeshaushalt ist immer auch eine Entscheidung über die Zukunft der Musiklandschaft in Deutschland. Für freie Ensembles und Orchester sind dabei vor allem Planungssicherheit und verlässliche Förderstrukturen entscheidend. Nur so können künstlerische Qualität, faire Arbeitsbedingungen und kulturelle Vielfalt dauerhaft gesichert werden.“ **Lena Krause, Geschäftsführerin FREO – Freie Ensembles und Orchester in Deutschland e. V.**

“Der Haushaltsentwurf vom Kulturstaatsminister Weimer kann leider so gelesen werden, als ob die Musikschaffenden der freien Szene und die Infrastruktur der Popkultur nicht zu seinen Schwerpunkten zählt, entgegen allen Beteuerungen. Jetzt muss das Parlament korrigieren, damit die Bedingungen geschaffen werden, dass kulturelle Vielfalt eine Zukunft hat.”

Ella Rohwer, Geschäftsführung PRO MUSIK:

“Für Jazz und Improvisierte Musik sind Förderinstrumente wie die Initiative Musik oder der Musikfonds unverzichtbar und ihre Kürzungen hätten massive Konsequenzen für die Szene. Gerade in dieser demokratisch herausfordernden Zeit, wäre es das falsche Signal, ausgerechnet jene Strukturen zu schwächen, die kulturelle Teilhabe, künstlerische Freiheit

und gesellschaftlichen Austausch fördern. Die Bundesregierung muss ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag einhalten und die freie Musikszene nachhaltig stärken.”

Camille Buscot, Geschäftsführerin Deutsche Jazzunion e.V.

Pressekontakt:

FREO – FREIE ENSEMBLES UND ORCHESTER IN DEUTSCHLAND e.V.

Sebastian Haas

haas@freo-netzwerk.de

Pressekontakt:

Deutsche Jazzunion e.V.

Michaela Bönsch

presse@deutsche-jazzunion.de

Pressekontakt:

PRO MUSIK - Verband freier Musikschafter e.V.

Ella Rohwer / Mario Graute

Mail@promusikverband.de